



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie -

## Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 18. April 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-21-0033

### **Pflegende Angehörige**

**- Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2018 -**

Nahezu 70 % der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt, überwiegend von Frauen. Es sind Ehefrauen, Töchter, Schwiegertöchter oder Enkeltöchter, die das Rückgrat der Pflegeversicherung darstellen.

Der aktuelle Pflegebericht beziffert eine durchschnittliche Pflegeunterstützungssituation von vier Jahren, andere Statistiken berechnen sogar eine durchschnittliche Pflegedauer von sieben Jahren aus. So wertvoll die häusliche familiäre Pflege ist, sie führt die pflegenden Angehörigen auch rasch an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Eine körperliche und seelische Überforderung durch jahrelange intensive Pflege, eine erhöhte Anfälligkeit für stressbedingte Erkrankungen oder gesellschaftliche Isolation mangels Teilhabe, sind keine Seltenheit. Zu der immensen Bürokratiebewältigung kommen Problemfelder wie die (Un-)Vereinbarkeit von Beruf-Familie-Pflege hinzu oder finanzielle Ausfälle durch die Arbeitszeitreduktion oder beim späteren Rentenbezug wegen fehlender Beitragszahlungen während der Pflegezeit.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche städtischen Beratungsangebote gezielt für die Gruppe der pflegenden Angehörigen bereitstehen,
2. wie viele Personen die Dienste der Pflegestützpunkte jährlich nutzen (Einmalkontakte/Mehrfachkontakte) und wie viele davon pflegende Angehörige sind,
3. ob die Beratungsdienste seit dem Inkrafttreten der Pflegereform im Jahr 2017 vermehrt abgerufen werden, und
4. ob es bestehende Netzwerke pflegender Angehöriger gibt, mit denen die Stadt Wiesbaden in Kontakt steht?

---

### **Beschluss Nr. 0054**

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2018

Rutten  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2018

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .04.2018

Dezernat VII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich  
Oberbürgermeister